

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/76

Bonn, den 23. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Dienst an Volk und Staat</u> Die schwere Aufgabe unserer Polizei	40
2 - 3	<u>Gestellter Brandt-Verleumder</u> Politischer Gartenzweig in Moabit	75
4	<u>Kiel muß tief in die Tasche greifen</u> Vorbereitungen für die Segelympiaade 1972	48

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Neuer Staatssekretär im Gesamtdeutschen Ministerium
Prag: "Deformationen in der Nationalitätenpolitik"
Grünes Licht für 20. LAG-Novelle
Bischof Fränkel bekennt sich zur kirchlichen Gemeinschaft
Ostdeutsche Zeitungen von 1742 bis '945
Patenschaft zwischen Hamburg und Marienburg
Deutscher Soldatenfriedhof entsteht in Brunn
Touristenstrom und keine Betten
Rote Zahlen in der jugoslawischer Handelsbilanz

* * *

Dienst an Volk und Staat

Die schwere Aufgabe unserer Polizei

sp - Zugegeben, sie hatte keinen leichten Dienst in diesen vergangenen Wochen mit ihren, das Gefüge der Bundesrepublik erschütternden Begleiterscheinungen und möglicherweise stehen ihr noch schwerere Monate in einem recht "heiß" zu werdenden Sommer bevor. Gemeint ist unsere Polizei. Ihr obliegt die Einhaltung von Gesetz und der Schutz unserer verfassungsmässigen Ordnung. Sie hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten Ausschreitungen zu verhüten und den Bürger vor Schaden zu bewahren.

Um es gleich vorwegzunehmen: Wenn die Polizei, wie es in der vergangenen stürmischen Osterwoche geschah, es nicht zulassen konnte und kann, daß die Auslieferung bestimmter Zeitungen eines großen Konzerns verhindert wird, dann geschah es nicht aus Sympathie für diesen Konzern. Wohin kämen wir, wenn rebellische Minderheiten, mögen sie auch vom redlichen Willen erfüllt sein und sich vom Zukunftsbild einer gerechten Gesellschaft beflügeln lassen, bestimmen könnten, wer was zu lesen hat? Dieses Recht, den Zensor zu spielen, kommt ihnen nicht zu. Hier hat, was sich an Unzulänglichkeiten und an berechtigter Sorge um die Pressefreiheit offenbart, der Gesetzgeber die letzte Entscheidung zu treffen. Und das ist immer noch unser freigesähltes Parlament, der Deutsche Bundestag.

Doch zurück zu unserer Polizei. Viele Autoritätsgläubige verlangen von ihr ein kräftiges Zuschlagen bei aus der Kontrolle geratenen Demonstrationen, als ob allein mit Eieben und derben Umgang mit Demonstranten das Übel aus der Welt geschafft werden könnte. Die Polizei kann nicht Aufgaben übernehmen, deren Lösung den Politikern zufällt. Sie muß zwar dem Gesetz die Achtung und die Würde verschaffen, die es verdient, aber man kann von ihr keine Korrektur gesellschaftlicher Fehlentwicklungen erwarten, dafür ist die Politik zuständig.

Unsere Polizisten erfüllen eine notwendige Funktion, sie haben Bürger und Staat vor Gewalttaten zu schützen. Doch sie dürfen nicht überfordert werden. Gewiß, es gibt Polizisten solcher und anderer Art. Die Masse jedoch fühlt sich mit der Mehrheit unseres Volkes verbunden und sie will nicht in Situationen geraten, die sie zur Außenseiter abstempeln und sie in den Ruf bringen, dafür einstehen zu müssen, wo ein Versagen anderer vorliegt.

Unser Dank gebührt den Männern, denen in diesen Zeiten die schwere Pflicht auferlegt ist, unser Gemeinwesen vor terroristischen Aktionen zu bewahren. Entschlossenheit, viel Verständnis für die jeweils konkrete Situation, aber auch Behutsamkeit gehören dazu.

+ + +

Gestellter Brandt-Verleumder

Politischer Gartenzweig in Moabit

Ein politischer Gartenzweig steht in Lothar Brenner (42), Chefredakteur des unselig entschlafenen MONTAGS-ECHO und alleiniger Geschäftsführer des ebenso unsanft entschlafenen Echo-Verlages, vor der 10. Großen Strafkammer. Verleumdung und üble politische Machrede gegenüber Willy Brandt sind der Anklagevorwurf.

In einer Artikelserie im MONTAGS-ECHO zeichnete Brenner 1964 den Lebensweg Willy Brandts von der Schulzeit in Lübeck bis zur Aufnahme seiner politischen Arbeit nach 1945. Bereits als Schüler war danach Willy Brandt ein "gassenbekannter Schläger", der in der norwegischen Emigration auf deutsche Soldaten schoß und Vater und Mütter verriet. Dokumente der Lübecker Schulverwaltung liegen dem Gericht vor und beweisen, daß Willy Brandt schon als Schüler politisch interessiert war, aber sich sonst nichts zuschulden kommen ließ und ordnungsgemäß das Abitur machte. Der uns erhalten gebliebene ehemalige braune Polizeipräsident von Lübeck - von Brenner als Belastungszeuge gestellt - kann nichts Nachteiliges aussagen. Bereits 1965 stand Brenner deshalb in Moabit; der Prozeß mußte vertagt werden, weil der Angeklagte eine Zeugin in Honkong anbot.

Wesentlicher als die ungenießbare Suppe der Südelkochen scheinen die Hintergründe seiner politischen Wirksamkeit zu sein.

Bereits 1958 und 1959 hatte Willy Brandt einen Zivilprozeß gegen den Echo-Verlag und den daran beteiligten Exsenator und Sarghändler Hermann Fischer vor dem Landgericht und anschließend dem Kammergericht gewonnen. Den Beklagten wurde bei Geldstrafe verboten, verleumderische Behauptungen über Willy Brandts Wirken in Norwegen zu verbreiten. Aber gerade diese Verleumdungen schienen dem ehemaligen Volksschullehrer Brenner recht, um sie, mit saftiger übler Machrede angereichert, erneut in einer Artikelserie zu servieren.

Wer aber ist Lothar Brenner? Wie kam er zum Echo-Verlag? Woher stammen die Gelder, und wer sind seine Hinternänner? Nun, Kamerad Brenner ist in der CSSR geboren und wurde in Ostberlin Volksschullehrer an einer Mädchenschule, wo er anscheinend auf einem Spezialgebiet unterrichtete, das ihm eine Verurteilung zu neun Monaten Gefängnis einbrachte. Hierüber sagte er dem Gericht 1965: "Das Mädchen war nicht aus meiner Klasse." 1968 - er ist durch eine inzwischen erfolgte Verurteilung

wegen Urkundenfälschung justizferahrener geworden - erklärt er: "Darüber möchte ich nicht sprechen."

1955 kam Lothar dann in die Bundesrepublik und studierte in Straßburg und Paris. Befragt, woher ein armer Ostflüchtling und Volksschullehrer Mittel zum Auslandsstudium nahm, kam die Erklärung: "Ich verdiente als Handlanger sehr gut." Handlager ist er geblieben. Von wem aber? Von Paris aus - so Brenner - wandte er sich 1960 schriftlich an Franz-Josef Strauß und Hermann Höcherl, um "fundiertes Material" über Willy Brandt zu bekommen. Tatsächlich ist kein persönlicher Kontakt zu beiden Adressaten bekannt geworden, er erhielt lediglich einen offiziellen Pressedienst der OSU zugestellt. Dann wird Brenner 1961 Volksschullehrer in Westberlin; ein ganzes Jahr haben die Kinderchen Freude an Onkel Lothar. Dann wird er nach Bonn eingeladen, kommt mit dicker Brieftasche nach Berlin zurück und beschließt, Journalist zu werden.

Die Spitzen der Politik scheinen sich um Brenner zu reißen. Im April 1962 tritt er in den mit einer Million verschuldeten Echo-Verlag als Redakteur des MONTAGS-ECHO ein, wenige Monate später hat der kleine Redakteur den Verlag entschuldet und avanciert zum Chefredakteur und alleinigen Geschäftsführer. Eine erstaunliche Karriere für den unbekanntes Volksschullehrer des Ostens. Woher kamen die Gelder? Knallhart und sachlich prasseln die Fragen auf den politischen Gernegroß, der dem deutschen Volk zu nationaler Würde und vaterländischer Besinnung verhelfen will.

Die Antworten verweisen in das Dunkel, aus dem Brenner emporstieg. An die Höhe der Summe kann er sich nicht erinnern, seine Auftraggeber sind ihm namentlich entfallen. "Kreise der CDU/CSU" sagt er, das gesamtdeutsche Ministerium unter Ernst Lemmer, das Bundeskanzleramt deutet er vage an. Sein schlechtes Gedächtnis läßt ihn in entscheidenden Augenblicken nicht im Stich. Doch an seinen Auftrag, den ihm die mit Steuergeldern großzügig agierenden Finanziere gaben, erinnert sich unser Lothar genau: Das MONTAGS-ECHO, bisher im sanften FDP-Wind segelnd, sollte hart rechts auf nationalen Kurs angesteuert werden.

Doch inzwischen ist der Echo-Verlag finanziell und politisch zusammengebrochen, es scheint, Brenner hat seine Hintermänner enttäuscht und sich nicht als Dauerbrenner, sondern nur als unter den Scheffel gehörendes Lichtlein erwiesen. Auch Verleumdungen will gekonnt sein. Zur Zeit lebt Brenner, wenn man ihm glauben will - und wer will ihm nicht glauben - von Arbeitslosenunterstützung. Davon bezahlt er noch seinen Wahlverteidiger: das ist der Lauf der Welt. Brenner ist klein von Wuchs, und Lügen haben kurze Beinchen.

(BERLINER STIMME)

Kiel muß tief in die Tasche greifen

Vorbereitungen für die Segelolympiade 1972

nn. - Anfang Mai wird die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel mitteilen, welcher deutsche Architekt das Rennen für die Gestaltung des Kieler Fördeortes Bad Schilksee für die Austragung der olympischen Segelwettkämpfe 1972 gemacht hat. 74 Architekten aus dem Bundesgebiet haben ihre Arbeiten eingereicht. Der besten Arbeit winkt ein Preis von 23.000 DM.

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Kiel, Günter Bantzer, versicherte schon, die Stadt an der Förde werde sich nach besten Kräften dafür einsetzen, daß Kiel die olympischen Segelwettbewerbe 1972 "zur vollen Zufriedenheit aller Aktiven und aller Besucher" erfüllen könne. Die Pläne, die dafür von dem Stadtbaurat Dr. Klaus Müller-Ibold aufgestellt worden sind, dürften diesem Gesichtspunkt entsprechen.

Kiel ist zwar hoch verschuldet und wartet dringend auf die Gemeindefinanzreform. 18 Prozent ihrer ordentlichen Finanzeinnahmen muß die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt schon heute für den Schuldienst ausgeben, nicht zuletzt deshalb, weil der Steuerverbund in Schleswig-Holstein die kleinen Gemeinden bevorzugt und die großen benachteiligt.

Aber ungeachtet dieses Hemmnisses ist Kiel bemüht, tief in die Tasche zu greifen, um nun eine vorbildliche Olympiastadt für 1972 zu werden. Zunächst rechnet man im Rathaus damit, daß etwa 20 Millionen DM aus der Olympialotterie nach Kiel fließen. Damit sollen die für die Segelwettkämpfe zweckgebundenen Anlagen errichtet werden. Weitere 30 Millionen sind erforderlich, um die Unterkünfte für die Aktiven und deren Begleitmannschaften aus der ganzen Welt in Bad Schilksee zu bauen. Es müssen Bungalows und Appartementshäuser errichtet werden. Diese Quartiere sollen aber später nach den Wettkämpfen vermietet oder verkauft werden. Kiel möchte aus Bad Schilksee einen modernen Ferienort machen. Die olympischen Segelwettbewerbe 1972 geben den Impuls, der Landeshauptstadt einen neuen Ferienort an der Ostsee zu schaffen.

Selbst an die Gebefreudigkeit der Bürger ist in Kiel schon appelliert worden. Man wird eine Groschenlotterie auf der Fußgängerpassage Holstenstraße in Kiels City einrichten. Aus den Erlösen soll das Hinderburgufer, die glänzende Ostseepromenade der Landeshauptstadt, noch verlängert werden. Wenn das Kai-Stück zwischen Landesregierung und Schloß fertiggestellt ist, wird Kiel die längste binnenstädtische Uferstraße aller Ostseestädte besitzen.

Im Rathaus der Landeshauptstadt wird mit Hochdruck an den Plänen gearbeitet. Die gesamten Planungen für die olympischen Spiele werden einem Spezialunternehmen übertragen, das mit Computern und Netzplantechnik arbeitet. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, Hochhäuser und Parkplätze, Pressezentren und Seglerhäfen richtig aufeinander abgestimmt fertigzustellen. - Auch der Bund wird das Seine zur hervorragenden Durchführung der Segelolympiade 1972 tun. Er hat eine Bundesstraße übernommen, die von Kiels Innenstadt nach Bad Schilksee hinausführt und will eine zweite Hochbrücke über den Nordostseekanal und eine Schnellstraße hinaus in das Fördebad bauen. Kiel rechnet damit, daß bis 1972 die Autobahn von Hamburg kommend Anschluß an diese Schnellstraße erhalten hat.